

# POLITISCHER KOMMENTAR DER IP SCHWEIZ

zu den eidg. Abstimmungsvorlagen vom 05.06.2016

«Fortschritt besteht nicht in der Verbesserung dessen, was war, sondern in der Ausrichtung auf das, was sein wird.»

Khalil Gibran

Der politische Kommentar der IP Schweiz ist das Ergebnis eines Prozesses zur Findung einer integralen Position zu eidgenössischen Abstimmungsvorlagen. Dabei wird ermittelt, ob eine Vorlage einen Schritt in die Richtung einer Vision einer integralen Gesellschaft bedeutet, d.h. also, einen Beitrag leistet zur Transformation der Gesellschaft oder ob das Anliegen translatorisch, d.h. nur eine im Kreis drehende Variante des Bestehenden ist. Die Vorlagen werden vom Politischen Ausschuss der IP Schweiz beurteilt. Die Verantwortlichen für diese Ausgabe sind: Monique Centeno, Margreth Schmutz, Jakob Elmer, Rolf Edelmann, Remy Holenstein und Gary Zemp.

Das Ergebnis dieses Ermitteln findet Ausdruck in einer integralen Abstimmungsempfehlung, die dann ihre gewünschte Wirkung erzielt, wenn die Leserinnen und Leser sich animiert fühlen, mit ähnlichen, visionsorientierten Überlegungen zu ihrem je eigenen Ergebnis zu kommen. Das Ziel einer integralen Position ist es nie, Recht zu haben, sondern die Menschen zu mehr Bewusstheit zu führen.

## Themen 2/16

- Volksinitiative «Pro Service Public»
- Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen»
- Volksinitiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung»
- Änderung des Bundesgesetzes über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung (Fortpflanzungsmedizinengesetz, FMedG)
- Änderung des Asylgesetzes (AsylG)



## 1 – VOLKSINITIATIVE «PRO SERVICE PUBLIC»

**Was die Initiative will:** Sie verlangt, dass der Bund und die bundesnahen Unternehmen bei der Grundversorgung nicht nach Gewinn streben. Fallen dort dennoch Gewinne an, so dürfen diese nicht an die Aktionäre ausgeschüttet werden, sondern müssen im Unternehmen bleiben. Zudem soll der Bund dafür sorgen, dass die Löhne und Honorare der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Unternehmen nicht über denjenigen der Bundesverwaltung liegen.

**Das integrale Zukunftsbild:** In einer integralen Gesellschaft werden Unternehmen kooperativ und der Unternehmensaufgabe dienend geführt. Die Unternehmensaufgabe

*dient ihrerseits dem Allgemeinwohl. Das Verhältnis vom Mindestlohn zum Lohn der Unternehmensleitung muss in einem vertretbaren Verhältnis stehen (maximal 1 : 12 - wie heute beim Bund). Als Massstab des Erfolgs dient dem Unternehmen das Mass der Erfüllung seiner selbstgestellten Aufgaben im Dienst des Allgemeinwohls.*

**Abstimmungsempfehlung: JA**

**Unsere Überlegungen dazu:**

1. Die Initiative führt in vielen Punkten in Richtung des integralen Zukunftsbildes.
2. Die Unternehmen des Service public stehen in einer besonderen Verpflichtung gegenüber dem Dienst an der Öffentlichkeit und haben eine Vorbildfunktion.
3. Gute und verantwortungsvolle Unternehmensleiterinnen und Unternehmensleiter stellen sich genau wie die andern Mitarbeiterinnen verantwortungsvoll in den Dienst der Unternehmensziele, ohne dass sie dafür finanziell extra motiviert werden müssen.

**Das besondere Anliegen der IP:** Nach unserer Zukunftsvorstellung sind wesentlich niedrigere Lohnverhältnisse als die beim Bund üblichen anzustreben.

## **2 – VOLKSINITIATIVE «FÜR EIN BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN»**

**Was die Initiative will:** Sie will die Bundesverfassung mit dem Auftrag ergänzen, dass der Bund ein bedingungsloses Grundeinkommen einführt. Dieses soll es jeder Person ermöglichen, auch ohne Erwerbsarbeit ein menschenwürdiges Dasein zu führen und am öffentlichen Leben teilzunehmen. Die Finanzierung und die Höhe des Grundeinkommens lässt die Initiative offen.

**Das integrale Zukunftsbild:** *Eine integrale Gesellschaft definiert sich unter anderem dadurch, dass sie dafür besorgt ist, dass möglichst alle Menschen ihre persönlichen Talente und Potenziale, das heisst ihre Berufung erkennen, entwickeln und leben können. Diese Kompetenzen werden zum Wohl aller Menschen fruchtbar gemacht. Dessen ist sich der integrale Mensch bewusst. Seine dabei erworbenen Kompetenzen setzt der integrale Mensch zum Wohl aller Menschen ein.*

**Abstimmungsempfehlung: JA**

**Unsere Überlegungen dazu:**

1. Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) bedeutet ein wichtiger Schritt in die Richtung der Vision einer integralen Gesellschaft. Es erlaubt den Menschen ihr Leben kreativer, selbstverantwortlicher und sinnvoller zu gestalten.
2. Das BGE ist ein visionärer Wurf, weil es von der existenziellen Abhängigkeit der Menschen von bezahlter Arbeit befreit.
3. Die digitale Revolution mit ihrer rasanten Produktivitätssteigerung hat zur Folge, dass

die bezahlten Arbeitsstellen in naher Zukunft abnehmen werden. Das BGE hilft die daraus entstehenden Probleme zu lösen.

#### **Das besondere Anliegen der IP:**

1. Die vom Bund errechnete Finanzierungslücke von rund 25 Milliarden Franken pro Jahr ist durch eine sozialverträgliche Finanztransaktionssteuer zu schliessen und nicht durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer.
2. Ein besonderer Gewinn dieser Vorlage besteht darin, dass weite Bevölkerungskreise sich mit der Frage des Zusammenhangs von Lebenssinn und Lohnarbeit auseinandersetzen, auch im Hinblick auf die anstehenden Veränderungen.

### **3 – VOLKSINITIATIVE «FÜR EINE FAIRE VERKEHRSFINANZIERUNG»**

**Was die Initiative will:** Weil die Autos immer weniger Treibstoff verbrauchen, gibt es weniger Einnahmen bei der Mineralölsteuer. Es zeichnet sich daher ein Engpass in der Strassenfinanzierung ab. Um diesen zu verhindern, verlangt die Initiative, den gesamten Ertrag der Mineralölsteuer auf Treibstoffen für den Strassenverkehr zu verwenden - also auch jene Hälfte, die heute den anderen Bereichen des Bundes zur Verfügung steht.

**Das integrale Zukunftsbild:** *In einer integralen Gesellschaft orientiert sich die Ökonomie am Allgemeinwohl. Sie dient der Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse. Sie ist sozial, regional und ökologisch nachhaltig.*

**Abstimmungsempfehlung:** NEIN

#### **Unsere Überlegungen dazu:**

1. Die Initiative führt nicht in Richtung einer sozial, regional und ökologisch nachhaltigen Ökonomie. Sie ist Ausdruck des Glaubens an eine unbeschränkte Wachstumswirtschaft.
2. Die Initiative will Verkehrsstaus durch Ausbau des Strassennetzes verhindern. Dass dieser Lösungsansatz nicht zielführend ist, zeigt die bisherige Entwicklung des Verkehrsaufkommens. Wirkungsvoller sind Massnahmen, die möglichst viele Autofahrten überflüssig machen.
3. Die Abzweigung weiterer Steuern auf Treibstoff für den Strassenbau geht zudem zu Lasten anderer Bundesaufgaben wie Bildung und Landwirtschaft.
4. Noch mehr Verkehr durch noch mehr Strassen bedeutet auch noch mehr Schäden an Mensch, Natur und Klima.

#### **Das besondere Anliegen der IP:**

1. Der normale Unterhalt des bestehenden Strassennetzes soll gewährleistet bleiben. Die Zweckbindung der Einnahmen sollte jedoch gänzlich aufgehoben werden.
2. Verkehrsstaus könnten z.B. auch durch eine Regionalisierung und Verlangsamung der Wirtschaft oder durch eine Treibstoffpreiserhöhung verhindert werden.

3. Die Initianten verschweigen die Kosten, die der Verkehr ausserhalb des Strassenbaus und Strassenunterhalts erzeugt. Als IP verlangen wir Kostenwahrheit gemäss dem Verursacherprinzip!

## 4 – ÄNDERUNG DES BUNDESGESETZES ÜBER DIE MEDIZINISCH UNTERSTÜTZTE FORTPFLANZUNG (FORTPFLANZUNGSMEDIZINGESETZ, FMEDG)

**Was die Änderung des Bundesgesetzes will:** Das geänderte Fortpflanzungsmedizinengesetz lässt die Präimplantationsdiagnostik (PID) für Paare zu, die Träger von schweren Erbkrankheiten sind oder die auf natürlichem Weg keine Kinder bekommen können. Dabei dürfen neu bis zu 12 Embryonen entwickelt und untersucht werden (im geltenden Gesetz drei). Nicht sofort eingesetzte Embryonen können für eine spätere Behandlung eingefroren werden (im geltenden Gesetz ist das Tiefgefrieren von Embryonen verboten).

**Das integrale Zukunftsbild:** *In einer integralen Gesellschaft solidarisieren sich die Menschen für das Leben. Jedes neue Leben ist für die Gemeinschaft ein Geschenk. Die Verantwortung für die Zeugung eines neuen Lebens liegt bei den Eltern.*

**Abstimmungsempfehlung:** NEIN

### Unsere Überlegungen dazu:

1. Das vorliegende Gesetz geht in einigen Punkten weiter als der Vorschlag des Bundesrates. Es besteht die Gefahr, dass das im Verfassungsartikel enthaltene Verbot der Forschung an Embryonen umgangen wird.
2. Der vorliegende Gesetzestext zeigt uns auf, dass die Diskussion um die ethische Verantwortung für das Leben von der IP noch tiefer geführt werden muss. Solange wir diese Klarheit nicht haben, können wir weitergehende Forschungen an Embryonen nicht befürworten.

## 5 – ÄNDERUNG DES ASYLGESETZES (ASYLG)

**Was die Änderung des Bundesgesetzes will:** Sie bezweckt eine Beschleunigung der Asylverfahren. Der Grossteil der Verfahren soll in maximal 140 Tagen in Zentren des Bundes abgeschlossen werden. Nach dem bestehenden Asylgesetz dauern Asylverfahren oft mehrere Jahre. Gegen die Beschleunigung der Asylverfahren wurde das Referendum ergriffen. Die Gegner kritisieren vor allem den unentgeltlichen Rechtsbeistand sowie das vereinfachte Bewilligungsverfahren für die Eröffnung der Zentren für Asylsuchende des Bundes.

**Das integrale Zukunftsbild:** *Eine integrale Gesellschaft bringt Asylbewerber Schutz und Fürsorge entgegen und vertraut den verantwortlichen Behörden, dass sie im Umgang mit den Hilfesuchenden ihre Aufgaben situationsgerecht und menschenwürdig*

*wahrnehmen. Ein Entscheid für oder gegen das Bleiberecht ist so schnell wie möglich und rechtsstaatlich einwandfrei zu treffen.*

### **Abstimmungsempfehlung: JA**

#### **Unsere Überlegungen dazu:**

1. Ein mehrmonatiger Testbetrieb nach dem neuen Asylrecht in Zürich hat gezeigt, dass das Asylrecht im Sinne unseres Zukunftsbildes angewandt werden kann.
2. Die Kritik der Initianten des Referendums am unentgeltlichen Rechtsschutz für die Asylsuchenden ist gesucht und bleibt im Materiellen hängen. Sie ist für uns Menschen, die wir äusserst privilegiert leben und ohne Eigenverdienst in der Schweiz wohnen, unwürdig.

**Das besondere Anliegen der IP:** Die IP setzt sich dafür ein, dass die Asylsuchenden gemäss der Europäischen Menschenrechtskonvention und mit Menschenwürde behandelt werden. Sie sieht in einer vermehrten Hilfe in den Herkunftsländern eine gute Möglichkeit den Menschen eine Zukunftsperspektive zu geben, so dass sie nicht mehr nach Europa kommen müssen.